

### Weitere Front gegen neuen Straßenstrich

Sozusagen "vor die Tore der Stadt" wollten die Oberen der Stadt Luxemburg den Garer Straßenstrich verlegen. Offiziell ist die Prostitution nur noch ab dem späten Abend in der "rue de l'Alsace" und der "rue Wencelslas", hinter dem Paul Wurth-Gebäude zugelassen. Die Straßen um die Post sollen in Zukunft vom Geschäft mit der Liebe befreit werden. Nachdem die in der rue de l'Alsace angesiedelten Betriebe Protest einlegten, wird der SchöffInnenrat in den nächsten Tagen und Wochen mit weiteren Protesten zu rechnen haben: Kein Geringerer als Daniel Miltgen, Präsident des "Fonds du Logement", bläst jetzt zur Attacke. Er ließ an die BewohnerInnen des "Sauerwiss"-Viertels, das direkt an den neuen Strich angrenzt, Musterbriefe verschicken. Die fordern den Bürgermeister auf, die neue Regelung rückgängig zu machen. Mit Hinweis auf sein "statut de père de famille" wird Paul Helminger gebeten, die Interessen der "Sauerwiss"-AnwohnerInnen zu verteidigen. Die zahlreichen jungen Familien mit Kindern, die sich hier angesiedelt haben, dürften sich tatsächlich hintergangen fühlen. Von einem möglichen Straßenstrich vor der Haustür war bei der vor ein paar Jahren mit großem Pomp gefeierten Einweihung des Viertels noch keine Rede.

### Plan hospitalier: Null Transparenz

Scharfe Kritik am "undurchsichtigen Vorgehen" der Regierung in Sachen Spitalplan hat die LSAP am heutigen Freitag auf einer Pressekonferenz geäußert. Hintergrund der Empörung ist ein Gutachten des Staatsrats zu den geplanten Veränderungen im Krankenhauswesen. Obwohl es sich hierbei um ein offizielles Dokument handelt, habe die Regierung den Text "wie eine geheime Staatssache" behandelt, so Alex Bodry von der LSAP. Dieses Vorgehen stehe im krassen Widerspruch zur viel proklamierten Transparenz der Regierung. Pikant: Der Staatsrat teilt in einigen wesentlichen Punkten die Bedenken der Sozialisten. Um in verschiedenen Sachverhalten (u.a. in der Sache der ursprünglich für Düdelingen vorgesehenen Reha-Klinik) eine Normenkollision mit Regelungen aus dem übergeordneten Gesetz zur Finanzierung des Krankenhauswesens zu vermeiden, halten die Räte es für erforderlich, dass der Spitalplan als Gesetz verabschiedet wird. Die Regierung plant jedoch die Umstrukturierung im Rahmen eines "règlement grand-ducal" vorzunehmen. Dies nährt laut Bodry den Verdacht, dass CSV und DP versuchen wollen, ihren Entwurf "klammheimlich und ohne öffentliche Diskussion" durchzusetzen.

### (Berufs-)Welt ohne Frauen?

Ausgerechnet das Ministerium für Erziehung kennt offenbar keine berufstätigen Frauen. Wie sonst ist zu erklären, dass die neueste Ausgabe von "Que faire après la 6e année scolaire?" sämtliche Berufsbezeichnungen ausschließlich in der männlichen Form schreibt? Die Broschüre, die SchülerInnen eine Berufsorientierung erleichtern soll, wird unter Federführung des Erziehungsministeriums vom "centre de psychologie et d'orientation" (CPO) erstellt. Der CIDfemmes hatte die Informationsschrift bereits im Januar kritisiert und einen Beschwerdebrief an die Erziehungsministerin Anne Brasseur geschickt. Das Frauenzentrum fordert darin, auch die weibliche Perspektive sichtbar zu machen. Bisher steht die Antwort aus, allerdings sicherte ein Mitarbeiter des CPO, an das der Brief weitergeleitet wurde, gegenüber der WOXX die baldige Bearbeitung zu. Voraussichtlich in zwei Wochen wird sich eine interne Redaktionsversammlung (mit VertreterInnen aus dem Erziehungsministerium) mit dem Sachverhalt befassen. Mal sehen, ob sich dann auch im Ministerium die Tatsache schriftlich niederschlägt, dass es Frauen in der Berufswelt gibt. Das wär' doch was, lieber Erziehungsminister!

### SPITALPLAN

# Gut gebrüllt

**Lautstark protestiert der OGBL gegen den Spitalplan. Sehr überzeugend sind die Argumente jedoch nicht.**

(ik) - Das "Syndicat Santé et Social" des OGBL mobilisiert seit vergangener Woche verstärkt gegen den im Februar dieses Jahres veröffentlichten Spitalplan: "Ohne ersichtlichen Grund" und "im Blindflug" würde im Krankenhauswesen abgebaut, rationalisiert und zentralisiert. Vor allem der geplante Akutbettenabbau auf fünf pro 1.000 EinwohnerInnen und die Schließung kleinerer Intensivstationen bis zum Jahr 2005 stehen im Kreuzfeuer der Kritik. "Mit diesen Maßnahmen droht kleineren Spitälern der Erstickungstod", empört sich Syndikatspräsident Marco Goelhausen gegenüber der WOXX. Um die optimale medizinische Versorgung im Notfall gewährleisten zu können, seien eine adäquate technische Infrastruktur sowie der sofortige Einsatz von

qualifizierten Personal auch in kleineren Spitälern unabdingbar. Der OGBL fordert ein Moratorium für den Abbau sowie den Erhalt aller Intensivstationen. "Schizophren" nennt Claude Hemmer die gewerkschaftliche Position. Man könne nicht einerseits für eine bessere Gesundheitsversorgung eintreten und gleichzeitig Maßnahmen, die diese Verbesserung bringen, blockieren. Die Notwendigkeit für die Reduzierung der Akutbetten sei, so der 1. Regierungsrat des Gesundheitsministeriums weiter, durch die "carte sanitaire" gerechtfertigt. Die Fünf-Promille-Quote sei zwar politisch festgesetzt und somit mehr oder weniger willkürlich. Doch Erfahrungen in anderen Ländern hätten bewiesen, dass dieses Verhältnis "gut und praktikabel" sei.

Das sieht der OGBL freilich anders. Gerade der 1999 erstellten "carte sanitaire", eine Inventur des luxemburgischen Krankenhauswesens, spricht Goelhausen die Aussagekraft ab. Erfahrungen aus dem Ausland lässt der Gewerkschafter ebenso wenig gelten wie Daten einer OECD-Studie. Die hatte für Luxemburg - neben einer mangelhaften Kostenkontrolle und einer überdurchschnittlichen Krankenhaus-Aufenthaltsdauer - ein generelles Überangebot in der Gesundheitsversorgung festgestellt.

Zweifel angebracht sind auch an der zweiten Befürchtung der Gewerkschaft, die flächendeckende Notfallversorgung der Bevölkerung sei gefährdet. Zwar behält der "plan hospitalier" tatsächlich Intensivstationen und qualifizierte Notdienste ab 2005

grundsätzlich den großen Krankenhäusern vor. Doch kleinere Spitäler sollen über regionale Zusammenschlüsse an dieser Infrastruktur teilhaben.

Man wolle mit der Unterscheidung in größere "hôpitaux généraux" und kleinere "hôpitaux de proximité" sowie der Zuweisung einzelner Fachabteilungen an bestimmte Krankenhäuser "einen starken Anreiz" liefern, um Synergien zwischen den Krankenhäusern freizusetzen und eine Spezialisierung voranzutreiben, erklärt Claude Hemmer gegenüber der WOXX.

Dass es im Sinne der PatientInnen ist, "wenn nicht alle alles machen", will auch Marco Goelhausen nicht abstreiten. Genau so wenig wie die Tatsache, dass mehr Spezialisierung zu mehr Qualität führen kann. Warum dann aber protestieren, wenn die eigentlichen AdressatInnen von den bevorstehenden Veränderungen profitieren werden? Die vom OGBL vertretenen 6.000 Beschäftigte haben kaum etwas zu befürchten: Die Arbeitsplätze im Gesundheitssektor sind wegen der anhaltenden Nachfrage vergleichsweise sicher - und zudem per Kollektivvertrag auf weitere zehn Jahre garantiert.

Vielleicht sind die gewerkschaftlichen Proteste denn auch eher die - vermeidbare - Reaktion auf einen taktischen Fehler: Gesundheitsminister Wagner hatte die Gewerkschaftsvertreter trotz mehrfacher Aufforderung von den Verhandlungen zum Spitalplan ausgeschlossen. Die fehlende Einbindung könnte sich nun rächen.



### REGULARISATION

# Un appât aux ONG

**Le gouvernement est en train de mettre en pratique les mesures de régularisation, annoncées. Elles sont loin de faire l'unanimité des milieux concernés.**

(ergué) - Après avoir dressé un bilan très sombre des mesures de régularisation annoncées par le Gouvernement - vu les critères très limitatifs -, le parti des Verts avait estimé que plusieurs milliers de réfugiés se trouvant actuellement sur le territoire national seraient expulsés dans les mois à venir. Les derniers développements semblent confirmer ces craintes: Beaucoup de points restent à clarifier et le gouvernement n'a révélé, lors du débat à la Chambre, que les grands principes des mesures de régularisation. Pour accélérer la procédure le gouvernement avait exclu l'option de faire voter une loi de régularisation, et envisagé une démarche purement administrative. Ceci comporte un inconvénient majeur: Le législateur se voit exclu du processus et du coup le débat public est fortement limité. D'ailleurs les Verts ont qualifié la façon selon laquelle le débat à la Chambre s'est déroulé de "simulation de consultation".

Ce mercredi une entrevue entre les associations qui s'occupent des sans-papiers et les mi-

nistres Frieden et Biltgen a eu lieu. Le but en était d'explicitier les démarches à suivre. Il ne s'agissait point de confronter les différents points de vue et de dégager d'éventuels nouveaux compromis. Ainsi les dates butoir du 1er juillet 1998 pour les sans papiers en général et du 1er janvier 2000 pour les minorités du Kosovo respectivement les personnes en situation illégale pouvant se prévaloir d'un travail (par la force des choses tout aussi illégal) ne vont pas changer. La conséquence en sera que la plupart des victimes de la guerre du Kosovo (déclenchée en mars 1999) et surtout les réfugiés du Monténégro ne pourront bénéficier d'une régularisation. Le principe de la protection des minorités, si louable soit-il, est considérablement mis en cause par la fixation d'une telle date.

Comme il n'y aura pas de loi, ce sera une instance purement administrative, une sorte de cellule d'évaluation, qui examinera les dossiers. Elle aura un statut consultatif, la décision définitive revenant au ministre de la Justi-

ce. Les choses iront vite: la période de dépôt des demandes est fixée de la mi-mai à la mi-juillet.

Pour cette même occasion, le gouvernement a jeté un appât en direction des organisations non-gouvernementales: elles auront droit au statut d'observateur au sein de la cellule. Pour l'instant la plate-forme "sans-papiers" a uniquement pris note de cette proposition. Il reste à voir si une telle participation pourra être utile: la simple présence d'ONG risquerait en effet de cautionner des milliers de décisions de refoulement sur base de critères fixés unilatéralement par le gouvernement. Évidemment il y va aussi de l'intérêt des réfugiés. La présence de représentant-e-s de la plate-forme pourrait faire évoluer positivement l'un ou l'autre dossier.

Après des années de silence en la matière, il est étonnant de voir avec quelle vitesse le gouvernement est en train de faire bouger les choses. Cela semble confirmer les craintes des ONG par rapport à un durcissement de la politique après la période d'études des dossiers particuliers. Si les critères n'évoluent pas en cours de route, des refoulements en masse auront lieu au cours des mois à venir.